

Oesterreich-Ungarns Schicksalszeit.

Während die Truppen der Donaumonarchie noch im Felde liegen, um den Bestand ihres Vaterlandes gegen den Ansturm der Feinde zu verteidigen, durchwühlen das Innere des Landes Kämpfe, die das Reich von innen auseinanderzureißen drohen. Die Nationalitätenfrage, die alle Schicksalsfrage Oesterreich-Ungarns, unter der die Länder jetzt ein halbes Jahrhundert geklitten haben, die ihre Entwicklung gehemmt und ein Erstarken verhindert hat, hat ihr Haupt so drohend erhoben wie nie zuvor. Vergebens sinnen die besten Köpfe darüber, wie sie ihrer Herr werden sollen. Der Kaiser empfängt Vorwürfe, um deren Anregungen entgegenzunehmen, die Minister ratschlagen, die Parteiführer debattieren. Ueber allem dem aber klaffen die Risse, die Volk und Land durchziehen, täglich breiter auseinander, so daß man läßt man den Schein sprechen, vor einem völligen Auseinanderfall der einst so stolzen, im Schutze des alten Deutschen Reiches wohlbehüteten deutschen Ostmark zu stehen meint. Ein entscheidender Tag schien vor allem der letztvergangene Montag zu werden. Zu ihm hatte der tschecho-slowakische Rat in Prag einen allgemeinen Streik gegen die Ausfuhr von Lebensmitteln aus Böhmen angelegt. Alle Betriebe sollten stillgelegt werden. Selbst in den Konzertsälen, Theatern, Kinos und Vergnügungstocalen, in den Redaktionen und auf der Straßenbahn sollte die Arbeit eingestellt werden. Alles bis auf den notwendigsten Verkehr und Sicherheitsdienst sollte ruhen, als ein einheitlicher tschechischer Protest dagegen, daß die reiche Kornkammer Böhmens den notleidenden deutschen Industriebezirken Nahrungsmittel zuführen müsse. Die umfassendsten Vorbereitungen dagegen waren ergriffen, da man hinter dem Proteststreik den Versuch vermutete, die tschecho-slowakische Republik auszurufen und, gestützt auf die feiernden Massen, durchführen zu wollen. Doch scheinen die Befürchtungen zu weit gegangen zu sein, der Streik verlief in Ordnung. Die Proklamierung der tschecho-slowakischen Republik aber erfolgte doch, allerdings nur durch namenlosen und deshalb wertlosen Anschlag an den Anschlagssäulen. Immerhin war der Tag mit seiner das ganze Land durchzitternden Unruhe ein Beweis dafür, wie sehr heute alles in der Doppelmonarchie auf des Messers Schneide steht.

Ausgangspunkt der jetzigen, das Reich an den Abgrund treibenden Wirren ist das leidenschaftliche Selbständigkeitsstreben der tschechischen Volkskräfte, die rücksichtslos die Ueberlieferungen einer gemeinsamen mehrhundertjährigen Geschichte hintanzusetzen, um von der verhassten Verbindung mit den Deutschen loszukommen. Sie fühlten sich schon bei Ausbruch des Krieges als Slaven, den Russen so viel näher als den österreichisch-ungarischen Landsleuten, daß sie weithin mit jenen gemeinsame Sache machten, um jetzt in den tschecho-slowakischen Regionen noch zu Hunderten gegen ihr österreichisches Heimland zu kämpfen. Sie nahmen zwar vom Kaiser Karl die Begnadigungen ihrer der Vaterlandsverräterischen Machenschaften wegen verurteilten Landsleute an, aber ohne sich in ihren Umtrieben etwa durch Dankbarkeit dafür lösen zu lassen. Vollends erhoben sie lähn und trotz ihr Haupt, als das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker zur Herrschaft erhoben wurde, als die Entente sie als ihre erklärten Lieblinge ausrief und Willen sie mit der Anerkennung des tschecho-slowakischen Staates bereits zu besonderer Staatslichkeit zu erheben versuchte. Seitdem gibt es für ihr Machbewußtsein, aber auch für ihre Umtriebe gegen den österreichischen Staat keine Grenze mehr. Sie haben dem Kaiser am Sonnabend durch ihre Vertreter erklärt, daß sie eine selbständige Nationalität in selbständige Nationalitäten anstreben, die dann vielleicht ihre gemeinsamen Angelegenheiten beraten könnten. Selbstverständlich, daß sich ihnen gegenüber auch die von ihnen beschiedenen Deutschen zur Wehr setzen.

Sie haben jetzt klar und nachdrücklich auch für sich das Selbstbestimmungsrecht ausgerufen und wollen, wenn die Wiener Arbeiterzeitung ihre Gedanken recht wiedergibt, die Bildung von drei deutsch-österreichischen Staaten, eines innerösterreichischen, eines deutsch-böhmischen und eines schlesisch-nordmährischen Staates anstreben. Diese deutschen Staaten sollen dann mit dem tschechischen, südslawischen und ungarischen Staat einen Staatenbund bilden oder aber, wenn dieser von den anderen abgelehnt wird, sich dem Deutschen Reich anschließen. Gleichzeitig bestimmen die Polen ihre Ansprüche dahin, daß die polnische Nationalversammlung ihr Schicksal bestimmen soll. Sie fühlten sich jetzt schon über die Landesgrenzen hinweg dem aus dem russischen Trümmerhaufen neugebildeten polnischen Staat so sehr zugehörig, daß sie einer Einladung des Regentschaftsrates in Warschau zu einer gemeinsamen polnischen Nationalbesprechung in Krakau in diesen Tagen folgten, die ihnen eigentümlicherweise sogar durch Vermittlung der österreichisch-ungarischen Regierung zugestellt wurde. Die Ukrainer verlangen einen ukrainischen, die Südslawen in Kroatien, Bosnien, Dalmatien und der Herzegovina ihren südslawischen Staat; ja, selbst die Juden Oesterreichs haben die Forderung nach einer besonderen Staatslichkeit im Lande aufgestellt. Also mehr Sonderbestrebungen, als ein Staatsbau ertragen kann.

Um aber das Maß der Sorge in Wien überwelt zu machen, hat jetzt auch Ungarn Trennungsaussichten bekundet. Von mahabender Stelle. Kein anderer als der Ministerpräsident Dr. Bekerle hat sich zu ihrem Wortführer gemacht, indem er betonte,

dadurch, daß Böhmen sich vom österreichischen Staate losreiße und einen Separatstaat bilden wolle, daß aber die österreichische Staatsmacht keine Kraft mehr habe, diesen Bestrebungen entgegenzutreten, sei die Stellung Ungarns zu Oesterreich von Grund auf verändert, da der neue föderalistische österreichisch-ungarische Staatenbund nicht mehr das alte Oesterreich sei, mit dem Ungarn im Jahre 1867 sein Staatsverhältnis eingegangen ist. Deshalb sei die Zeit gekommen, um die ungarischen nationalen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die ungarische Landesverteidigung unabhängig von Oesterreich zu sichern und als einziges Land noch die Person des Herrschers beizubehalten. Dem so von Trennungsaussichten bewegten Ungarn sieht aber selbst der Stachel im Fleisch, da ihm wieder die Siebenbürger die aus dem Selbstbestimmungsrecht entstehenden Forderungen angemeldet haben.

Die österreichisch-ungarische Staatsmaschine unter diesem Auseinanderstreben aller Teile wenigstens so recht im Gang zu erhalten, wie es zur Abwicklung der laufenden Geschäfte nötig ist, ist wahrhaftig keine geringere Arbeit, als die endgültige Lösung dieses verwickelten Nationalitätenproblems zu finden.

Beides gleicht der Aufgabe der Quaderatur des Kreises. Da sich an belidem die Führenden der Regierung die Köpfe vergebens zermartern, jagt ein Gerücht vom Rücktritt der verantwortlichen Minister und Ministerpräsidenten das andere, aber nur in der unzweifelhaften Gewißheit, daß die neuen Männer sich alsbald wieder am Ende ihres Könnens sehen und deshalb zum Abgehen reif sein würden. Das Erschwerende der Lage ist, daß die gegeneinander Stehenden in dem Jahrzehnte währenden Kampf sich so fremd geworden sind, daß sie sich nicht mehr verstehen können und nicht auf ein Gemeinsames Bestimmen wollen. Deshalb trat der als neuer Ministerpräsident Oesterreichs jetzt bereits genannte Ackerbauminister Sylvester Taroüca die Regierung gar nicht erst an, weil sein eine gegenseitige Verständigung voraussetzende Regierungsplan an dem Widerspruch der Eigenwilligen doch gescheitert wäre. Deshalb gab man den Gedanken an ein aus allen Nationalitäten gebildetes Koalitionsministerium alsbald wieder auf und nahm seine Zuflucht zu dem Plan eines national ganz farblosen Ministeriums, gebildet aus von allen geachteten, unbelasteten Persönlichkeiten, dem vielleicht nationale Beiräte zur Seite gestellt werden können. Wie aber soll ein solches farbloses und deshalb von keiner Seite gestütztes Ministerium das Gewicht und die Autorität erhalten, die zur Behauptung der Führung bei der Entwicklung so komplizierter, leidenschaftlich umtobter Fragen notwendig ist? Zur Stunde hat man deshalb dieses Schattenministerium noch nicht ins Dasein gerufen, vielmehr Husarek und Bekerle die Zügel der Regierung der Doppelmonarchie belassen. Wünschen aber wird man der allen deutschen Dämern, daß die Verständigten unter den streitenden Nationen sich noch, ehe es zu spät ist und alles auseinanderfällt, darauf besinnen, daß schon um des wirtschaftlichen Fortschrittes willen ein Zusammenhang und Ueberbrücken der Gegensätze unter den aufeinander Angewiesenen notwendig ist.

Das Bestimmen auf das Gemeinsame läge für alle bisherigen Angehörigen der Donaumonarchie um so näher, als über ihr die Kriegswirren wie ein Damoklesschwert hängen. Der gemeinsame Minister des Aeußeren, Graf Burián, hat seine Entlassung eingereicht in demselben Augenblicke, da die Wilsonsche Note das Friedensangebot beantworten soll. Ihr Inhalt ist noch nicht bekannt. Unzweifelhaft aber birgt sie große Gefahren in sich. Ihnen zu begegnen, ist ein zerrüttetes Oesterreich-Ungarn außerstande. Was das für Deutschland bedeutet, liegt auf der Hand, zumal nach dem Abfall Bulgariens und den Niederlagen der Türkei. So müssen wir mit großen Sorgen nach Osten und Südosten blicken.

* * *